

11. Der Segregationsbegriff

11.1 Was heißt Segregation?

Eine Stadt bildet einen *Funktionsraum*. Die verschiedenen Nutzungen in einer Stadt verteilen sich nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet. Es gibt zum Beispiel reine Wohn- und reine Gewerbegebiete. Die Arbeitsplätze konzentrieren sich in bestimmten Teilen der Stadt, je nach Art der Arbeit zudem in verschiedenen Gebieten: Büros sind eher in zentralen Lagen zu finden, Fabriken eher am Rande der Stadt. Man bezeichnet es als funktionale Segregation, wenn verschiedene Funktionen sich an verschiedenen Orten konzentrieren. Das ist einerseits das Ergebnis von Entscheidungen der privaten Unternehmen, die sich an Verkehrsbeziehungen, an den Bodenpreisen, aber auch an der symbolischen Bedeutung von Standorten orientieren, andererseits das Ergebnis der Stadtplanung, die durch den Flächennutzungsplan anstrebt, einander störende Funktionen räumlich getrennt zu halten.

Eine Stadt bildet einen *Sozialraum*. Ihre sozialräumliche Struktur ist das Ergebnis komplexer Prozesse, in deren Verlauf die unterschiedlichen sozialen Gruppen und Milieus ihren Ort in der Stadt finden bzw. zugewiesen bekommen. Dabei spielen Marktprozesse ebenso eine Rolle wie Machtstrukturen, individuelle oder Gruppenpräferenzen ebenso wie historische Entwicklungen.

Die verschiedenen Schichten und Gruppen der Stadtbevölkerung sind nicht gleichmäßig über die Wohngebiete der Stadt verstreut. Man bezeichnet diese Struktur als ›residentielle‹ oder ›soziale‹ Segregation. Es gibt wohlhabende und arme Wohngebiete, Arbeiterviertel und solche, in denen sich die Zuwanderer konzentrieren. Neben solchen *sozialen* Ungleichheiten bilden sich aber auch Distinktionsbedürfnisse verschiedener Milieus im Stadtraum ab, die sich *symbolisch* voneinander abgrenzen. Milieus werden gebildet von Trägern eines bestimmten Lebensstils oder Angehörigen einer Subkultur.

Städte sind Räume, in denen soziale und symbolische Konflikte ausgetragen werden. In ihnen treffen verschiedene Klassen oder Schichten, Lebensstile und ethnische Gruppierungen aufeinander, und eine wichtige zivilisatorische Leistung von Städten besteht darin, die Integration verschiedener Gruppierungen auf engem Raum zu ermöglichen – aber eine mögliche Wirkung dieser Koexistenz von heterogenen Gruppen kann auch in Marginalisierung und intensiven Konflikten bestehen. In ma-

terieller Hinsicht geht es dabei um den Zugang zu allgemein als attraktiv bewerteten Räumen, in symbolischer Hinsicht um Dominanz und Selbstrepräsentation im sozialen Raum der Stadt. Stadtentwicklung muss also immer auch als ein fortwährender Kampf um die Kontrolle über Räume analysiert werden. Als Ergebnis solcher Kämpfe entstehen ›exklusive‹ Räume – und zwar in zweierlei Hinsicht: exklusiv zum einen in dem Sinne, dass bestimmte Räume aufgrund von ökonomischen oder symbolischen Barrieren nur für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe zugänglich sind, zum anderen in dem Sinne, dass die Schließung großer Teile der Stadt sich für Angehörige von diskriminierten Gruppen in Orten der Exklusion manifestiert. In beiden Fällen bleibt das nicht ohne Folgen für Bewohner, denn die so definierten Räume definieren dann auch die darin lebenden Menschen. Die sozialräumliche Struktur einer Stadt ist also Ausdruck ihrer Sozial- und Machtstruktur, und sie trägt bei zur Verteilung von Lebenschancen, insofern diese vom Wohnstandort beeinflusst werden.

Je stärker die Streuung der Wohnstandorte von Angehörigen einer Gruppe von der statistischen Zufallsverteilung dieser Gruppe abweicht, desto höher ist das Maß der Segregation. Anders gesagt: Mit Segregation wird die Konzentration bestimmter sozialer Gruppen auf bestimmte Teilräume einer Stadt oder einer Stadtregion gemessen. Dieser Definition entspricht ein statistisches Maß, das Abweichungen von der Gleichverteilung feststellt: der *Segregationsindex* oder der *Dissimilaritätsindex* (siehe Kasten ›Der Segregationsindex und seine Reichweite‹). Residentielle Segregation ist die Projektion sozialer Unterschiede auf den Raum, soziale Distanz manifestiert sich in räumlicher Distanz.

Der Segregationsindex und seine Reichweite

Quantifiziert werden kann Segregation mittels verschiedener Indizes. Die Formulierung des gängigsten Segregationsindex *IS* geht auf Duncan & Duncan (1955) zurück, der wie folgt berechnet wird:

k = Teilgebiet der Stadt,

N_i, W_i = Größe der Bevölkerungsgruppe im Teilgebiet i ,

N, W = Gesamtgröße der Bevölkerungsgruppen N_i und W_i über die Teilgebiete $1 \dots k$,

also gilt:

$$N = \sum N_i \text{ und } W = \sum W_i : IS = \frac{1}{2} \sum \left| \frac{N_i}{N} - \frac{W_i}{W} \right|$$

Als Ergebnis resultiert ein Wert für das gesamte Stadtgebiet, der zwischen null und eins liegt und als Prozentwert der Minderheit interpretiert werden kann, der umziehen müsste, damit eine für alle Teilgebiete gleiche Verteilung der Minderheit in der Stadt zustande kommt. Ein Indexwert von 0,3 bedeutet also, dass 30 % der Minderheit umziehen müsste, damit eine Gleichverteilung erreicht wird: Je höher der Indexwert, desto höher die Segregation.

Die Reichweite und Aussagekraft von Segregationsindizes sind allerdings vielfach beschränkt:

- Sie können das jeweilige Muster der Segregation in der Stadt nicht erfassen.
- Sie liefern lediglich eine Zustandsbeschreibung der Segregation und keinerlei Information über den Prozess, der ihr zugrunde liegt (vgl. Duncan & Duncan 1955).
- Von der Höhe eines Indexwertes kann nicht auf die tatsächliche räumliche Distanz der Bevölkerungsgruppen geschlossen werden (vgl. Friedrichs 1983, 222).
- Der Segregationsindex ist ein rein deskriptiver Wert, der keine Aussagen über die Signifikanz der Ergebnisse erlaubt (vgl. Cortese et al. 1976, 630 f.).
- Weicht das Muster der Segregation in der Stadt stark von der Aufteilung der Teilgebiete ab, auf deren Ebene der Index berechnet wird, kann der Segregationsindex die Höhe der Segregation unterschätzen (vgl. Blasius 1988, 413)
- Die Höhe der Indexwerte wird beeinflusst von der Größe dieser Teilgebiete: Je größer die Teilgebiete, desto inhomogener sind sie und desto kleiner fällt der Segregationsindex aus (vgl. Cowgill & Cowgill 1951).
- Ebenfalls ist der Segregationsindex abhängig von der Größe der einbezogenen Bevölkerungsgruppen, da bei einem geringen Anteil der Minderheit der Indexwert steigt (vgl. Cortese et al. 1976).

Die beiden letzteren Punkte führen dazu, dass, entgegen der Prämisse von Duncan & Duncan, der Segregationsindex kein Instrument ist, mit dem man unmittelbar die Segregation in verschiedenen Städten vergleichen kann. Ein Blick auf Dissimilaritätsindizes europäischer Städte illustriert dies:

Dissimilaritätsindizes europäischer Städte

<i>Stadt</i>	<i>ID</i>	<i>Nationalität der Minderheit*</i>	<i>Anteil der Minderheit</i>	<i>Jahr</i>
Köln	0.45	Türkei	ca. 12 %	1994
Frankfurt	0.20	Türkei	ca. 17 %	1997
Amsterdam	0.42	Türkei/Marokko	30 %	1995
Brüssel	0.65	Südliches Mittelmeer	28,5 %	1991
Düsseldorf	0.28	Südliches Mittelmeer	16,3 %	1993
Hannover	0.44	Türkei	4,5 %	1999

* Einteilung erfolgte in Amsterdam nach ethnischer Zugehörigkeit, ansonsten nach Staatsbürgerschaft. Quellen: Friedrichs (2000); Musterd et al. (1997); für Hannover: eigene Berechnungen

Dissimilaritätsindizes unterscheiden sich von Segregationsindizes dadurch, dass sie die Segregation zweier Gruppen wiedergeben und nicht das Verhältnis einer Bevölkerungsgruppe gegenüber der restlichen Bevölkerung; die Berechnungsweise ist dieselbe. Laut Tabelle weist nur Brüssel eine höhere Segregation auf als Hannover. Allerdings verzeichnet Hannover mit 4,5 % den geringsten Anteil an der Minderheit, so dass der Indexwert für diese Stadt die Segregation überschätzt. Außerdem wurde der Dissimilaritätsindex für Hannover auf der Grundlage der knapp 400 Wahlbezirke und damit auf einer sehr kleinräumigen Ebene berechnet. Ermittelt man die türkisch-deutsche Segre-

gation Hannovers auf der Grundlage der 51 Stadtteile, erhält man mit 0.35 einen Wert, der dem von Köln recht nahe kommt (wobei allerdings nicht bekannt ist, auf welcher Grundlage der Segregationsindex von Köln zustande gekommen ist). Ohne Informationen über den Anteil der Minderheit und vor allem die Größe der Teilgebiete kann demnach aus den Indexwerten allein nicht abgeleitet werden, ob beispielsweise die türkische Bevölkerung in der einen Stadt stärker segregiert wohnt als in der anderen. Nachteilig bei der Interpretation von Segregationsindizes ist, dass diese meist die Nationalität und nicht die ethnische Herkunft berücksichtigen: Ein Sinken des Segregationsindizes kann auch aus vermehrten Einbürgerungen resultieren, ohne dass überhaupt Wanderungsbewegungen stattgefunden haben. Die Einbürgerungsquoten der türkischen Bevölkerung sind bislang relativ gering; aufgrund der Novellierung des Staatsbürgerschaftsrecht im Jahr 2000 wird die Interpretation von Segregationswerten, die auf den Daten der amtlichen Statistik beruhen, zunehmend schwieriger.

Wenn also ein interstädtischer Vergleich von Segregationsindizes nur bedingt sinnvoll ist, welchen Beitrag können sie dann zur Segregationsdebatte leisten?

Da wichtige Rahmenbedingungen wie etwa der Zuschnitt der Teilgebiete innerhalb einer Stadt konstant bleiben, eignen sich Segregationsindizes zur Beobachtung der Entwicklung der Segregation in einer Stadt über einen längeren Zeitraum, wie das Beispiel der türkischen Bevölkerung in Hannover zeigt:

Dissimilaritätsindex türkisch-deutsch für Hannover, 1982–1999

Jahr	1982	1984	1989	1994	1997	1999
ID	0.46	0.48	0.49	0.46	0.44	0.44

Quelle: STATIS, Statistikstelle Hannover, eigene Berechnungen

In den achtziger Jahren steigt die Segregation der türkischen Bevölkerung und erreicht für 1989 einen Höhepunkt, danach sinkt sie und stabilisiert sich 1997 auf etwas niedrigerem Niveau.

Die Entwicklung der Segregationsindizes kann nun auf unterschiedliche Weise interpretiert werden:

1. Das Sinken der Segregationswerte ab 1989 kann als Zeichen einer gestiegenen Integration der türkischen Bevölkerung verstanden werden: Eine voranschreitende strukturelle Integration würde bedeuten, dass sich die Arbeitsmarktsituation der Türken in Hannover verbessert hat und damit der Anteil des Einkommens, das für die Miete zur Verfügung steht, steigt. Damit erhält die türkische Bevölkerung eine bessere Position auf dem Wohnungsmarkt und ist nicht weiter gezwungen, sich auf die unteren Segmente des Wohnungsmarktes zu beschränken. Eine Voraussetzung der strukturellen Integration stellt jedoch die Durchlässigkeit des Wohnungs- und Arbeitsmarktes für die Migranten dar. Da diese Märkte durch die Mehrheitsgesellschaft kontrolliert werden, kann eine sinkende Segregation auch als Zeichen der Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft und als Rückgang von Diskriminierung bewertet werden.

2. Türkische Migranten sind *im Durchschnitt* häufiger und länger arbeitslos und verdienen weniger als Deutsche. Diese Durchschnittswerte nivellieren jedoch Differenzierungen innerhalb der türkischen Bevölkerung; die sinkenden Segregationsindizes können aus höheren Einkommen einer kleineren türkischen Gruppe resultieren, die ihre besseren Chancen auf dem Wohnungsmarkt wahrnimmt.
3. Eine sinkende Segregation kann ebenfalls als Resultat der Integration auf normativer Ebene interpretiert werden. So steigen mit steigender Wohndauer die Anforderungen der Migranten an die Wohnung und das Wohnumfeld. Tatsächlich ist eine Tendenz zur Angleichung der Wohnwünsche von Migranten und Deutschen festzustellen (vgl. Häußermann/ Siebel 1996: 200). Ein Absinken der Indexwerte kann demnach bedeuten, dass die türkische Bevölkerung vermehrt bestrebt ist, ihre Vorstellungen von einer »guten« Wohnung und einem »guten« Wohnumfeld zu verwirklichen. Gelingen diese Bestrebungen, weist dies ebenfalls auf eine schwindende Diskriminierung hin.
4. Die Abhängigkeit der Segregationswerte von der Relation Mehrheit/Minderheit in den Teileinheiten lässt eine weitere Überlegung zu: Demnach ist ein sinkender Index nicht nur Zeichen einer Abwanderungstendenz der Minderheit aus bestimmten Gebieten, sondern kann auch Resultat verstärkter Zuwanderung der Mehrheit darstellen. Im Zeitraum 1988 bis 1990 sind über 6000 Aussiedler in die Landeshauptstadt gezogen, die mit Wohnraum versorgt werden mussten. Die Wohnungssuche erschwerte sich nicht nur durch fehlende ökonomische Ressourcen, sondern auch durch Vorurteile, fehlende Sprachkenntnisse und mangelndes Alltagswissen, sodass Aussiedler in erhöhtem Maße auf die Vergabe von Belegrechtswohnungen angewiesen sind. Deshalb zogen Aussiedler vor allem in Wohnquartiere des sozialen Wohnungsbaus, in denen der Anteil der türkischen Bevölkerung über dem städtischen Durchschnitt liegt. Dieser Zuzug verändert die Relation in den Bevölkerungsanteilen, was ein Sinken des ID zur Folge hat. Sinkende Segregation stellt somit nicht zwangsläufig einen Indikator für Integration dar. (aus: Janßen 2004)

Für Segregation sind zwei Voraussetzungen notwendig: In einer Stadt müssen sowohl soziale als auch räumliche Unterschiede vorhanden sein. Die unterschiedliche soziale Situation der Haushalte trifft dann auf ein differenziertes Angebot von Wohnungsqualitäten. Wie soziale und räumliche Unterschiede miteinander zusammenhängen und welche Folgen dies hat, sind die Themen der Segregationsforschung.

Die sozialräumlichen Unterschiede sind an verschiedenen Merkmalen ablesbar: Differenzen zwischen verschiedenen Stadtgebieten beim Haushaltseinkommen, in der Altersstruktur, bei den Lebensstilen oder nach ethnischen Zugehörigkeiten. Sie können also ökonomisch, demographisch oder kulturell begründet sein. Entsprechend kann man die Segregation der Wohnbevölkerung einer Stadt entweder nach vorwiegend sozioökonomischen Merkmalen betrachten (nach Einkommen, Berufsqualifikation und Bildungsstand); nach demographischen Merkmalen (wie Alter oder Haushaltsgröße) oder nach der ethnischen Zugehörigkeit (in den USA als *race* bezeichnet). Dies sind verschiedene Dimensionen der sozialräumlichen Struktur.

Heute spielen zunehmend auch *Lebensstile* eine Rolle für die residentielle Segregation. Haushalte eines bestimmten soziokulturellen Milieus, die ähnliche Lebensweisen praktizieren, suchen sich Quartiere, in denen das Wohnungsangebot und die Infrastruktur am ehesten zu ihren Ansprüchen passen. Augenfällige Beispiele dafür sind zum einen die Kolonien von Einfamilienhäusern an den Rändern der Städte, die vorwiegend von Familien mit Kindern bewohnt werden. Singles zum anderen bevorzugen innerstädtische Altbaugebiete; man kennt außerdem in jeder Stadt die ›schicken‹ Altbauviertel mit großen, aufwändig restaurierten Wohnungen und einem gehobenen Dienstleistungsangebot oder die Gebiete des alternativen Milieus mit Szenekneipen und ökologisch korrekten Konsumangeboten.

Die feststellbaren Differenzen zwischen den Raumeinheiten variieren mit der Größe der gewählten Raumausschnitte. Betrachtet man einzelne Häuser oder Blöcke, so wird man eine eher starke Segregation, also eine hohe Ähnlichkeit der Soziallagen und der Lebensstile finden können. Legt man der sozialräumlichen Analyse dagegen größere Gebiete einer Stadt zugrunde, so wird man eine stärkere Mischung feststellen. Man kann sich das Segregationsmuster gleichsam zurechtschneiden. Das diagnostizierte Ausmaß der Segregation hängt von der Fragestellung und der Anlage einer Untersuchung ab, insbesondere aber von den verfügbaren Daten. Je kleinräumiger differenzierte Daten zu den sozialen Merkmalen der Bewohner zugänglich sind, desto genauer kann man Segregationsphänomene beschreiben – desto stärker hängt es allerdings auch von den Entscheidungen der Sozialforscher ab, ob eine starke oder weniger starke Segregation diagnostiziert wird. Zwei Entscheidungen sind dabei immer zu treffen:

Erstens: Nach welchen Merkmalen sind die Gruppen definiert, deren ungleiche Verteilung über das Stadtgebiet man untersuchen will? In ›freien‹ Wohnungsmärkten ist die Segregation nach der Zahlungsfähigkeit der Haushalte, also nach ökonomischen Merkmalen, im Allgemeinen besonders hoch. Fragt man dagegen nach demographischen Faktoren wie Alter und Geschlecht, so wird das Muster weniger scharf sein.

Zweitens: Welcher Raumausschnitt liegt zugrunde? In der Regel gilt: Je kleiner die Untersuchungsräume gewählt werden, desto höher erscheint die Segregation. Je nach gewähltem Raumausschnitt kann also bei gleichem Sachverhalt von Mischung oder von Segregation gesprochen werden. Dies veranschaulicht Abb. 11.1.

Wenn wir annehmen, dass sich in einem Gebiet, in dem ca. 1000 Personen wohnen, verschiedene – hier grob nach Schichten und Staatsangehörigkeit unterschiedene – Bevölkerungsgruppen in verschiedenen Teilen dieses Gebietes konzentrieren, kann man von einer säuberlichen Segregation sprechen. Nimmt man aber das Gebiet als Ganzes und vergleicht es mit anderen Gebieten einer Stadt, erweist es sich möglicherweise als stark gemischt. Beide Aussagen sind richtig – je nach Maßstab der Betrachtung. Ohne genauere Kenntnis der Kommunikations- und Interaktionsbeziehungen in diesem Gebiet können aber beide nicht sinnvoll interpretiert werden.

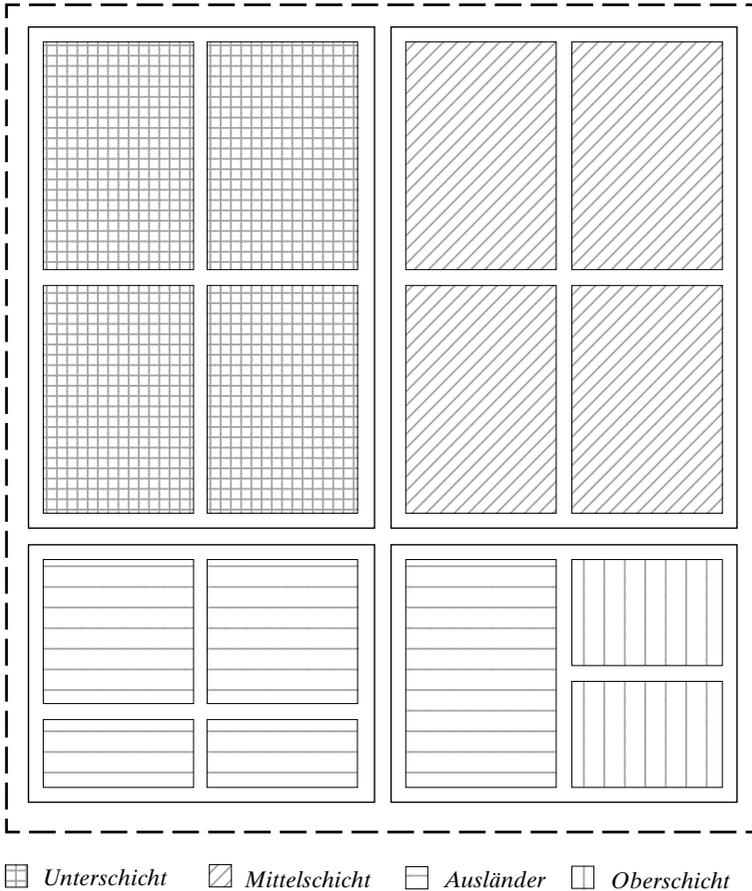


Abb. 11.1 Segregation und Raumeinheit

Denn ob es sich um selbst gewählte Muster oder erzwungene handelt, und ob aus räumlicher Nähe Kontakte oder Konflikte entstehen, erfahren wir allein aus solchen Daten nicht.

Für die Aussagekraft von Segregationsindizes lässt sich aus dem fingierten Beispiel noch eine weitere Konsequenz ableiten: Sie muss immer zusammen mit einem *Konzentrationsmaß* gelesen werden, das heißt, der prozentuale Anteil der Angehörigen einer Minderheit in einem bestimmten Gebiet muss auf den prozentualen Anteil dieser Minderheit an der gesamtstädtischen Bevölkerung bezogen werden.

Die Frage, ob wir es mit sozial bedeutsamer Segregation oder Mischung zu tun haben, ist durch quantitative Analysen allein nicht zu beantworten. Die Tatsache der Segregation suggeriert eine Trennung, dennoch muss die räumliche Trennung noch

lange keine soziale Trennung bedeuten. Auch umgekehrt ist aus der sozialen Mischung eines Quartiers noch nicht auf eine entsprechend intensivere Kommunikation über soziale Distanzen hinweg zu schließen. Die bloße Verteilung im Raum sagt soziologisch noch nicht viel. Man muss auf jeden Fall zusätzlich wissen, was die Einwohner der verschiedenen Häuser, Nachbarschaften oder Quartiere miteinander zu tun haben wollen. Wir gehen darauf weiter unten ausführlich ein.

Segregation ist ein universelles Phänomen. Es gibt sie, seit es Städte gibt. Das Zentrum Babylons im Jahre 2000 vor Christus zum Beispiel war nur Königen und Priestern zugänglich. Und in der mitteleuropäischen Stadt des Mittelalters konzentrierten sich die verschiedenen Handwerke in verschiedenen Quartieren. Die italienischen Städte der Renaissance kannten bereits die Segregation nach Nationalität: Ausländer wohnten strikt reglementiert in bestimmten Quartieren. In asiatischen Städten wurden bestimmte Quartiere nach Religionen bewohnt, in Indien war (und ist teilweise heute noch) der Wohnort mit der Zugehörigkeit zu einer Kaste verknüpft. Religionszugehörigkeit war bereits in der frühen Neuzeit auch in Europa Anlass für Segregation: das Wort *Ghetto* stammt vom Namen des venezianischen Quartiers, auf das zum ersten Mal im Jahre 1595 das Wohnrecht für Juden beschränkt worden ist.

Segregation kann Konsequenzen für die soziale Ordnung einer Gesellschaft und für die Lebensführung und -chancen der Bewohner segregierter Gebiete haben. Die Beschreibung und Erklärung von Segregation ist nur ein erster Schritt, das eigentliche Thema einer soziologischen Segregationsanalyse aber sind die sozialen Konsequenzen. Es gibt keinen allgemeingültigen Maßstab, anhand dessen man Art und Ausmaß von Segregation als gut oder schlecht, als zu viel oder zu wenig beurteilen könnte. Das Leitbild *soziale Mischung*, das in der stadtpolitischen Praxis gewöhnlich als erstrebenswert angesehen wird, liefert keineswegs in jeder Hinsicht und in jedem Fall eine positive Orientierung. Denn Segregation an sich bedeutet keineswegs immer dasselbe – je nach sozialer Gruppe und je nach den Gründen für ihr Zustandekommen ist sie in ihren Folgen unterschiedlich zu bewerten. Der Bewertung liegen unterschiedliche Annahmen darüber zugrunde, welche Effekte das Zusammenleben in einer Nachbarschaft für die einzelnen Haushalte und Menschen hat. Diese Effekte sind oft schwer zu bestimmen, außerdem sind sie nicht immer eindeutig positiv oder negativ (vgl. zum Beispiel Gans 1974 b). Sicher ist, dass soziale Ungleichheit nicht durch eine sozialräumliche Mischung von Haushalten mit unterschiedlicher sozialer Lage beseitigt wird (vgl. Buck 2001). Aber soziale Ungleichheit kann durch räumliche Segregation befestigt und sogar verschärft werden.

11.2 Wie entwickelte sich bisher die Segregation?

Bis zum Ende der ›goldenen 1960er Jahre‹ war Segregation in den Städten der damaligen Bundesrepublik nur ein Randthema. Soziale Ungleichheiten und ihre räumlichen Erscheinungsformen verringerten sich im Zuge eines Wachstumsprozesses, dessen Gewinne in Gestalt höherer Realeinkommen, von mehr und besseren Wohnungen und Einrichtungen der sozialen Infrastruktur auch den unteren sozialen Schichten zugute kamen. Außerdem gab es in westdeutschen Städten keine Segregation nach ethnischen Merkmalen, die derjenigen in den Schwarzenvierteln US-amerikanischer Städte vergleichbar gewesen wäre. Es gab kein ›Rassenproblem‹ und – bis in die sechziger Jahre auch keine nennenswerte Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen. Daher konnten sozioökonomische Benachteiligung und ethnische Diskriminierung nicht jene unheilige Allianz bilden, die zur Herausbildung von Ghettos führen kann.

Wohnungsbau war in Deutschland bis 1918 ausschließlich in der Hand privater Unternehmer, und diese bauten in verschiedenen Teilen der Stadt für verschiedene Einkommensgruppen unterschiedlich große und unterschiedlich gute Wohnungen – was zu einer scharfen Segregation nach Einkommen und sozialem Status vor allem an den beiden Polen der hierarchischen Sozialskala geführt hatte. Die soziale Not des Proletariats wurde durch die elenden Wohnverhältnisse nicht nur deutlich sichtbar, sondern auch verstärkt, während sich die Privilegien des wohlhabenden Bürgertums auch in entsprechend durchgrüneten, ästhetisch verfeinerten und großzügig bemessenen Villengebieten zeigten.

Nach 1945 nahm das Ausmaß sozialer Segregation in den westdeutschen Städten aus einer Vielzahl von Gründen ab:

- Die Bomben des Zweiten Weltkriegs hatten die alten Strukturen stark zerstört. Wiederaufbau, Sanierung und Modernisierung beseitigten vielerorts die physisch-baulichen Grundlagen der Segregation (zum Beispiel in Arbeitervierteln aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg).
- Die extreme Wohnungsknappheit nach 1945 ließ keinen Raum für sozial selektive Mobilität, und die politischen Eingriffe in den privaten Wohnungsmarkt (Wohnraumbewirtschaftung, Mietpreisregulierung) hatten den Preismechanismus für die Altbaubestände weitgehend außer Kraft gesetzt.
- In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg spielte der soziale Wohnungsbau eine zentrale Rolle beim Neubau. Er hatte als ausdrückliches Ziel, für die ›breiten Schichten der Bevölkerung‹ Wohnungen bereitzustellen – also die räumliche Segregation von Haushalten mit niedrigen Einkommen nicht mehr zuzulassen. Wohnungspolitik und Gemeinwirtschaft schufen mit den Förderinstrumenten des sozialen Wohnungsbaus ein umfangreiches, marktfernes Wohnungssegment, in dem Wohnungen nach sozialen Kriterien zugeteilt wurden.

- In den sechziger und siebziger Jahren verfolgten die staatlichen Sanierungsprogramme eine ähnliche Zielsetzung: Altbaugebiete mit einer ›einseitigen Sozialstruktur‹ (womit allerdings nicht die Viertel der Wohlhabenden gemeint waren) wurden entweder ganz abgerissen und durch sozialen Wohnungsbau ersetzt oder später so modernisiert, dass sie auch für eine Bewohnerschaft mit höheren Einkommen attraktiv wurden.
- Das beispiellose Wirtschaftswachstum in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg brachte Einkommensverbesserungen für alle Schichten der Bevölkerung. Die Obdachlosigkeit wurde nach und nach abgebaut, Armut und Arbeitslosigkeit waren nicht dauerhaft. Daher bildeten sich keine neuen Armutsviertel als Folge negativer Karrieren auf dem Wohnungsmarkt.
- Viele Eigentümer behandelten ihre Immobilien nicht ausschließlich als möglichst profitable Kapitalanlage. In Wohnquartieren mit vielen kleinen Immobilieneigentümern, insbesondere wenn diese ihr Mietshaus selber (mit)bewohnten, gab es noch jenen Typus von Hausbesitzern, die sich mit ihrem Hauseigentum identifizierten und es laufend instand hielten. Dadurch gab es weniger Anlässe zur Abwanderung für Haushalte mit höheren Einkommen.
- Schließlich haben die gesellschaftlichen Eliten in Kontinentaleuropa auch eine urbane Wohntradition (vgl. Préteceille 2000) im Unterschied zu den angelsächsischen Ländern, wo der Auszug der Eliten ins Umland bereits um 1800 begann (Fishman 1999). Bereits der Umbau von Paris im 19. Jahrhundert hatte – wie die Aufwertungsmodernisierung in westdeutschen Städten in den 1970er Jahren – dazu gedient, die Innenstädte für die Mittel- und Oberschichten attraktiv zu halten.

Die krassen Unterschiede in der Wohnungsversorgung, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in den Großstädten ein politisches Thema ersten Ranges wurden, waren von den Parteien der Arbeiterbewegung immer als eines der schärfsten Übel des Kapitalismus bezeichnet worden. Deshalb gehörte es in der DDR zu den wichtigsten stadtpolitischen Zielen, diese sozialräumliche Klassenspaltung zu überwinden. Hier wurden die Wohnungen von den Kommunen bzw. den Betrieben verwaltet; eine freie Wahl des Wohnstandorts gab es nicht. Segregationsprozesse konnten so administrativ gesteuert werden. Eines der herausragenden Ziele der staatlichen Wohnungspolitik war die »Annäherung der Klassen und Schichten« (Hannemann 2000, 109 ff.). Die Wohnungsversorgung wurde Teil einer staatlichen Infrastruktur, die jeden entsprechend seinem Bedarf – und nicht nach seiner Kaufkraft – versorgen sollte. Die Wohnung sollte nicht länger Ausdruck und Mittel sozialer Differenzierung sein, vielmehr sollte sich die angestrebte soziale Gleichheit auch in gleichen Wohnbedingungen für alle Schichten der Bevölkerung widerspiegeln. Insgesamt wurde durch diese Politik zwar die soziale Segregation tatsächlich verringert, dennoch entstanden neue sozialräumliche Strukturen aufgrund politischer Privilegien.

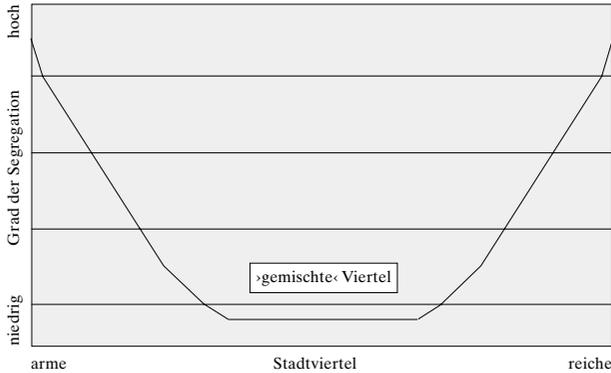


Abb. 11.2 U-Kurve der Segregation

Mit dem Abbau der wohlfahrtsstaatlichen Interventionen in die Wohnungsverorgung in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren und mit dem Ende der staatlichen Wohnungsverorgung in der DDR verloren die Faktoren, die sozialer Segregation entgegenwirkten, an Bedeutung. Die Einkommensungleichheit wird größer, die ethnische Zusammensetzung der Wohnbevölkerung wird heterogener, das Wohnungsangebot erlaubt eine größere Mobilität. Mehr und mehr wird die Wohnungsverwaltung zu einem eigenständigen Teil der Kapitalverwertung und der Anteil der Sozialwohnungen nimmt laufend ab. Insgesamt wird der staatliche Einfluss auf die Wohnungsverorgung und damit auch auf die sozialräumliche Struktur der Städte geringer. Daher ist zukünftig mit einer verstärkten sozialen Segregation zu rechnen.

Überträgt man die Segregationsindices von Statusgruppen in europäischen Städten in eine Graphik, so ergibt sich die Form einer U-Kurve: Während am unteren und oberen Rand der Schichtungshierarchie die Konzentration bzw. Segregation in bestimmten Vierteln besonders hoch ist, zeigt der größere Teil des Stadtgebiets einen geringen Segregationsgrad. Eine modellhafte Darstellung, in der lediglich nach dem Einkommen (>reich<, >arm<) unterschieden wird, macht dies anschaulich (Abb. 11.2).

11.3 Warum ist Segregation ein Problem?

Bereits vor der Industrialisierung wurde die Segregation nach Klassen- bzw. Schichtzugehörigkeit als problematisch gesehen, und zwar besonders deshalb, weil die Gebiete der städtischen Unterschichten als Gefahrenherde für die öffentliche Gesundheit und die politische Ordnung galten. Immer wieder brachen dort Epidemien (Pest, Cholera, Typhus) aus; Armut und tödliche Krankheiten wohnten eng beieinan-

der (vgl. für Paris: Willms 1988; für London und Hamburg: Schubert 1997). Zwischen Lebenschancen und Wohnstandort bestand ein enger Zusammenhang. Mangelhafte hygienische Bedingungen, überfüllte, feuchte und schlecht belüftete Wohnungen, fehlende Wasserversorgung und Abwassersysteme kennzeichneten die Wohngebiete der Armen. Hier lebte man gefährlich.

Für die wohlhabenden Stadtbewohner war dies deshalb ein Problem, weil man sich vor Epidemien nicht gänzlich durch räumliche Distanz schützen konnte. Die industrielle Verstädterung verschärfte die Zustände, Massen ungebildeter und bezitzloser Landbewohner überschwemmten die schäbigen Unterkünfte (vgl. Häußermann/Siebel 2000 a, 59 ff.). Charles Booth beschrieb solche Elendsquartiere in London (vgl. Booth 1969), Friedrich Engels in Manchester und anderen englischen Industriestädten. Wohnungsnot und räumliche Konzentration der Armut waren für Engels Ergebnis des kapitalistischen Wirtschaftssystems, in das der Wohnungsmarkt eingebettet war. Engels schilderte die Quartiere der Proletarier als eine Art Hölle aus Not und Kriminalität, der auch die ehrbaren Arbeiter nicht entkommen konnten (Engels 1974, 260).

Engels benannte zwei Themen, die in Segregationsanalysen bis heute eine Rolle spielen: zum einen die Beeinträchtigung der Lebenserwartung, zum anderen die »demoralisierenden Einflüsse [...] der schlechten Umgebung« (ebd.). Allerdings ist die bis heute nachweisbare geringere Lebenserwartung in Arbeiterquartieren nur zum geringeren Teil auf den Wohnstandort zurückzuführen; die höhere Belastung durch körperliche Arbeit, eine zumeist ungesunde Ernährung und unzureichende Gesundheitsversorgung tun hier ein Übriges – aber die größere Umweltbelastung dicht bebauter Quartiere in der Nähe von Fabrik- und Verkehrsanlagen ist nicht zu leugnen. Merkmale der sozialen Lage und der Wohnumgebung verschmelzen hier zu einem *Kontexteffekt*. Diesen Kontexteffekt dehnt Engels noch auf einen moralischen Milieu-Effekt aus: Die spezifische Mischung aus den »am schlechtesten bezahlten Arbeitern mit Dieben, Gaunern und Opfern der Prostitution« bilde eine »schlechte Umgebung«, die einen »demoralisierenden Einfluß« (ebd.) habe. Damit wird die Existenz von Sozialisierungseffekten der segregierten Quartiere behauptet, die die soziale Marginalisierung verfestigen. Das ist eines der stärksten und bis heute wirksamsten Argumente gegen sozialräumliche Segregation von sozial marginalisierten Bevölkerungsgruppen.

Segregation als Triebkraft des revolutionären Umbruchs?

Marx und Engels haben später aber auch ganz andere Wirkungen der sozialräumlichen Segregation gesehen. Im Rahmen ihrer Überlegungen zur Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und deren Überwindung durch einen revolutionären Sprung hatten sie das Proletariat als das maßgebliche historische Subjekt entdeckt. Die Polarisierung

zweier Klassen, Besitzer (Kapitalisten) und Nicht-Besitzer (Proletarier) von Produktionsmitteln, war hierfür die Voraussetzung. Die theoretische Bestimmung durch das Eigentumsverhältnis beschrieb jedoch erst eine Klasse ›an sich‹, in der Praxis musste sie noch zu einer Klasse ›für sich‹, das heißt, zu einem politisch handelnden Subjekt werden. Eine entscheidende Bedingung dafür sahen die Theoretiker der Revolution in der Segregation der Arbeiter in den großen Städten: Das dichte Zusammenwohnen in Arbeitervierteln ermöglichte eine unmittelbare und unzensierbare Kommunikation, die die Entwicklung von Klassenbewusstsein fördern und politische Organisation ermöglichen würde. In der proletarischen Subkultur sollte sich eine Gegenkultur entwickeln, die angesichts politischer Verfolgung und des Fehlens von Massenkommunikationsmitteln auf räumliche Nähe angewiesen war. Die Konzentration der Arbeiterklasse in den großen Städten und dort ihre Zusammendrängung in wenigen Quartieren waren somit Voraussetzungen für ihre politische Handlungsfähigkeit. Diese Vorstellungen wurden durchaus auch von den Gegnern der proletarischen Bewegung geteilt, weshalb sie sich im Rahmen von ›Wohnungsreform‹ und ›Städtebaureform‹ für eine Auflösung der segregierten Viertel einsetzten. Ein desegregierender Wohnungsbau wurde geradezu als Mittel zur Erziehung und Domestizierung der ›gefährlichen Klassen‹ konzipiert (vgl. Häußermann/Siebel 2000 a, 131 ff.).

11.4 Soziale und ethnische Segregation

Zwei Hauptphänomene, die uns in den folgenden beiden Kapiteln noch ausführlich beschäftigen werden, lassen sich unterscheiden: die soziale Segregation nach vorwiegend ökonomischen Kriterien bzw. nach Klassen- oder Schichtzugehörigkeit, und die Segregation nach kulturellen Merkmalen, beispielsweise nach ethnischer Zugehörigkeit. Mit dem ersten Fall setzte sich Engels auseinander, das zweite Thema beschäftigte hauptsächlich die Soziologen im Chicago der 1920er Jahre (vgl. 3. Kapitel).

Soziale Segregation ist ein Phänomen sozialer Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft und ein Problem für das Postulat sozialer Gerechtigkeit. *Ethnische Segregation* beruht auf kulturellen Differenzen, die durch Einwanderung gleichsam importiert werden, und ist eine Herausforderung an die gesellschaftliche Integrationskraft. Kulturelle Differenzierungen nach Lebensstilen haben wir bereits früher erwähnt. Nun überlagern sich selbstverständlich in der urbanen Realität der Städte soziale und ethnisch-kulturelle Formen der Differenzierung. Zuwanderer gehören meist unteren Sozialschichten an oder werden diesen zugeordnet. Da sich aber die beiden Formen der Segregation sowohl hinsichtlich ihrer Ursachen als auch ihrer sozialen Folgewirkungen unterscheiden, muss zwischen beiden Formen analytisch sorgfältig differenziert werden; ihnen sind deshalb die beiden folgenden Kapitel gewidmet.

Fragen

- Was bezeichnet der Begriff der *residentiellen Segregation*?
- Welche beiden Grundkategorien müssen definiert sein, wenn man Segregation empirisch messen will?
- Wie entwickelten sich historisch die Segregationsmuster in der DDR und in der Bundesrepublik? Welcher Trend zeigt sich seit der deutschen Vereinigung?
- Weshalb ist Segregation ein Problem?
- Erläutern Sie die Gründe für eine analytische Trennung von sozialer und ethnischer Segregation.